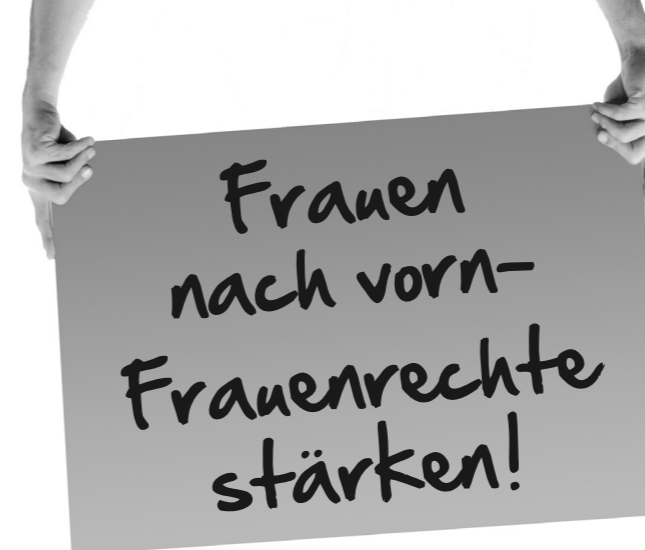


7. Frauenpolitik

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009



Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

V.i.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Solange es immer noch hauptsächlich die Frauen sind, die die unbezahlte gesellschaftliche Arbeit leisten und darüber ihre berufliche Qualifikation und Arbeit zurückstellen, solange es immer noch hauptsächlich die Männer sind, die berufliche und damit finanzielle Aufstiegschancen haben und auch für gleichwertige Arbeit besser bezahlt werden als Frauen, solange Frauen als Folge dieser gesellschaftlichen Arbeitsteilung und -chancen deutlich häufiger von Armut betroffen sind, solange ist es mit der Gleichstellung von Männern und Frauen nicht weit her!

Echte Gleichstellung bedeutet gleiche Teilhabe von Männern und Frauen an beruflicher und unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit. Wir setzen uns deshalb für gesetzliche Rahmenbedingungen ein, die die Voraussetzungen für eine gerechte Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen schaffen. Auf kommunaler Ebene wollen wir die Berufschancen von Frauen verbessern, Unterstützungs- und Beratungsangebote ausbauen und die kommunalen Mitwirkungsrechte stärken.

BERUFSCHANCEN VERBESSERN

Das gesellschaftliche Verständnis, aber auch das Verständnis vieler Frauen von einer eigenständigen Berufstätig-

keit, die auch eine eigenständige Existenz absichert, ist noch wenig ausgeprägt. Frauen verstehen sich oft als Mitverdienerinnen: Ihre beruflichen Laufbahnen sind geprägt durch Familienphasen, Teilzeitbeschäftigungen, geringfügige Beschäftigungen und versteckte Arbeitslosigkeit nach der Familienphase. Die Wahl eines sog. frauentypischen Berufs ist auch mit relativ geringen Verdienst- und beruflichen Aufstiegschancen verbunden. Eine eigenständige existentielle Absicherung lässt sich damit nicht oder nur schwer aufbauen. Selbst eine hochqualifizierte Ausbildung lässt Frauen im Berufsleben weniger erfolgreich als Männer sein: Frauen werden für gleichwertige Arbeit in der Regel schlechter entlohnt als Männer. Auf Führungs- und damit betrieblichen Entscheidungsebenen sind sie unterrepräsentiert. Die eigenständige Berufstätigkeit und Existenzsicherung für alle Frauen sowie ihre gleichberechtigte Teilhabe an beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten ist nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer eine Chance, gesellschaftliche Lasten und Verantwortung zu teilen.

Dafür stehen die Grünen:

- Verstärkung der Berufsberatung und -orientierung bei Mädchen, auch für sog. Männerberufe

- Entwicklung von Ausbildungs- und Qualifizierungsprogrammen in Teilzeitform für Berufsrückkehrerinnen
- Stärkung von Berufsförder- und Ausbildungsmaßnahmen für Migrantinnen und Mädchen ohne Schulabschluss
- Besetzung von Führungspositionen bei der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen durch Frauen
- Entwicklung von Frauenförderplänen bei den städtischen Unternehmen.

LEBEN MIT KINDERN UNTERSTÜTZEN

Die schlechten Berufschancen und die oft geringe Berufsorientierung von Frauen sind eng mit ihrer Rolle als Mutter verknüpft. In unserer Gesellschaft ist Mutterschaft auch heute noch gleichbedeutend mit der ausschließlichen Erziehung und Pflege der Kinder. Dieses Rollenverständnis erfreut sich einerseits in Zeiten größer werdender Arbeitslosigkeit, von der auch immer mehr Männer betroffen sind, einer wachsenden Beliebtheit: Immer mehr junge Mädchen, insbesondere aus sozial benachteiligten Schichten, sehen in der Mutterrolle die

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.
Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet:
Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr.
Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

einzigste Lebensperspektive. Andererseits führt es dazu, dass sich immer mehr berufsorientierte Frauen gegen ein Leben mit Kindern entscheiden.

Frauen, die sich trotz Kinder für eine Berufstätigkeit und eine eigenständige Existenzsicherung entscheiden, zahlen einen hohen Preis: Sie stehen mit der daraus resultierenden Mehrfachbelastung weitestgehend alleine da: Bedarfsgerechte Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten fehlen, nur wenige Väter entlasten durch Reduzierung der eigenen Berufstätigkeit ihre Frauen bei der Erziehungsarbeit. Um Beruf und Familienarbeit besser vereinbaren zu können, üben viele Frauen (oft schlecht bezahlte) Teilzeittätigkeiten aus, die sie finanziell nicht absichern.

Das Risiko ist für viele Frauen hoch. Fällt der „Familienverdiener“ aus, bleibt häufig ein Leben in Armut: In Krefeld leben 40 % aller Alleinerziehenden von ALG II.

Ein Leben in Armut bedeutet nicht nur geringere gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten. Zunehmend ist auch die Grundversorgung - aufgrund gestiegener Energie- und Lebensmittelpreise - nicht mehr gewährleistet.

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass Frauen einerseits nur unter erschwerten Bedingungen einer sie und ihre Kinder existenzsichernden Berufstätigkeit nachgehen können und sie

andererseits nur eine Unterstützung erhalten, die ihnen ein Leben in Armut ermöglicht. Die Grünen fordern daher auf Bundesebene die Einführung einer angemessenen Grundsicherung und die Einführung von Mindestlöhnen.

Auf kommunaler Ebene müssen Kinderbetreuungsangebote massiv ausgebaut werden, gemeinsam mit Betrieben Konzepte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt und von Armut betroffene Frauen finanziell entlastet werden.

Dafür stehen die Grünen:

- **Ausbau bedarfsgerechter Ganztagsbetreuungsangebote, insbesondere für Unter-Dreijährige und Schulkinder**
- **Ausbau von Ganztagschulen**
- **Kommunale Förderung familienfreundlicher Betriebe**
- **Unterstützung von durch Armut betroffene Familien, z.B. kostenfreie Mahlzeiten in Schulen und Kindertageseinrichtungen, Befreiung vom Eigenanteil bei Schulbüchern, Sozialtarif bei den Stadtwerken, kostenfreie Nutzung städtischer Einrichtungen (Schwimmbäder, Zoo, Mediothek, Theater)**
- **Verbesserung der ergänzenden kommunalen Leistungen für ALG II-Empfängerinnen bei der Baby-Erstausstattung und bei der Familien-**

planung (Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel).

UNTERSTÜTZUNGS- UND BERATUNGSANGEBOTE AUSBAUEN

Frauen haben andere Lebensbedingungen, einen anderen Alltag, andere Probleme und andere Strategien als Männer bei der Bewältigung von Lebenskrisen. Sie benötigen daher andere Unterstützungs- und Beratungsangebote.

Die bestehenden Angebote, sei es zur Schwangerschaftskonflikts-, zur Frauen- und Familienberatung oder zum Gewaltschutz helfen Frauen in Notlagen. Sie müssen bedarfsorientiert ausgebaut und durch niederschwellige Angebote, die die Selbstorganisation von Frauen stärken und bei der Alltagsbewältigung Hilfen geben, ergänzt werden.

Deutlich verbessert werden muss das Unterstützungs- und Beratungsangebot für Migrantinnen. In Krefeld existiert keine Beratungsstelle, die sich auf ihre besonderen sozialen und rechtlichen Belange spezialisiert hat. Bei Migrantinnen, die von familiärer Gewalt betroffen sind, greifen die Schutzmaßnahmen durch das Gewaltschutzgesetz oft nicht.

Zu wenig Berücksichtigung finden frauenspezifische Belange bei der Entwicklung von sozial- und gesundheits-

politischen Konzepten. So fehlen z.B. bei der Obdachlosenbetreuung spezielle Anlaufstellen für wohnungslose Frauen. Im Drogenhilfekonzept spielen frauenspezifische Süchte, wie z.B. Magersucht, oder frauenspezifische Probleme keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere die Belange von Mädchen müssen bei der Gesundheitsprävention und Aufklärung verstärkt berücksichtigt werden.

Dafür stehen die Grünen:

- **Einrichtung einer Beratungsstelle für Migrantinnen**
- **Ausbau und Vernetzung des bestehenden Angebotes zum Gewaltschutz**
- **Kommunale Förderung und Unterstützung niederschwelliger Angebote**
- **Entwicklung und Stärkung frauenspezifischer Angebote im Rahmen sozialer und gesundheitspolitischer Konzepte**
- **Verstärkte Gesundheitsprävention und Aufklärung bei Mädchen**

POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE STÄRKEN

Eine angemessene Berücksichtigung der Lebenssituation und der Bedürfnisse von Frauen ist letztlich nur dann möglich, wenn Frauen ihre Interessen besser durchsetzen. Sie müssen dort mitreden, wo Entscheidungen fallen. Nach wie vor sind Frauen jedoch auf allen gesellschaftlichen Entscheidungsebenen, sei es im Beruf, in Vorständen von Vereinen, in Aufsichtsräten und in der Politik unterrepräsentiert. Die Dominanz und Seilschaften der Männer bei der Besetzung von Spitzenpositionen macht es Frauen schwer bis unmöglich, – ohne männlichen Mentor – in die gesellschaftlichen Führungsebenen aufzusteigen. Notwendig wäre hier eine Selbstverpflichtung. Die Grünen haben es vorgemacht: Sie sind die

einzigste Partei, die sich zu einer geschlechtergerechten Besetzung von Positionen verpflichtet hat. Mit der positiven Folge, dass bei den Grünen Spitzenpositionen gleichmäßig besetzt sind und werden - ohne dass Frauen hierzu männlichen Begleitschutz benötigen. Frauen reden bei allen kommunalen Vorhaben zu wenig mit – sei es bei der Stadtplanung, bei der Schulentwicklungsplanung, beim Ausbau von Kindertagesstätten oder bei der Entwicklung des Sport- und Kulturangebotes. Die Folge ist, dass ihre Vorstellungen und Wünsche zu wenig berücksichtigt werden. Notwendig ist hier nicht nur eine verstärkte Einbindung von Frauen in die Politik. Notwendig sind auch neue Formen der BürgerInnenbeteiligungen, z.B. bei der Stadtteilplanung. Von dieser würden nicht nur Frauen, sondern gleichermaßen ältere Menschen, Kinder und Jugendliche und nicht zuletzt Männer profitieren.

Bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes spielt Geschlechtergerechtigkeit keine Rolle. Es wird nicht geprüft, in welchem Maße Männer oder Frauen von den geplanten Ausgaben profitieren bzw. von Einsparungen betroffen sind.

Dafür stehen die Grünen:

- **Stärkung der politischen Teilhabe von Frauen**
- **Entwicklung neuer Formen der BürgerInnenbeteiligung**
- **Geschlechtergerechte Verwendung öffentlicher Mittel**



„Kind, Karriere und gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben muss auch für Krefelderinnen ohne weiteres möglich sein.“

Sarah Krahl, Kandidatin für den Rat